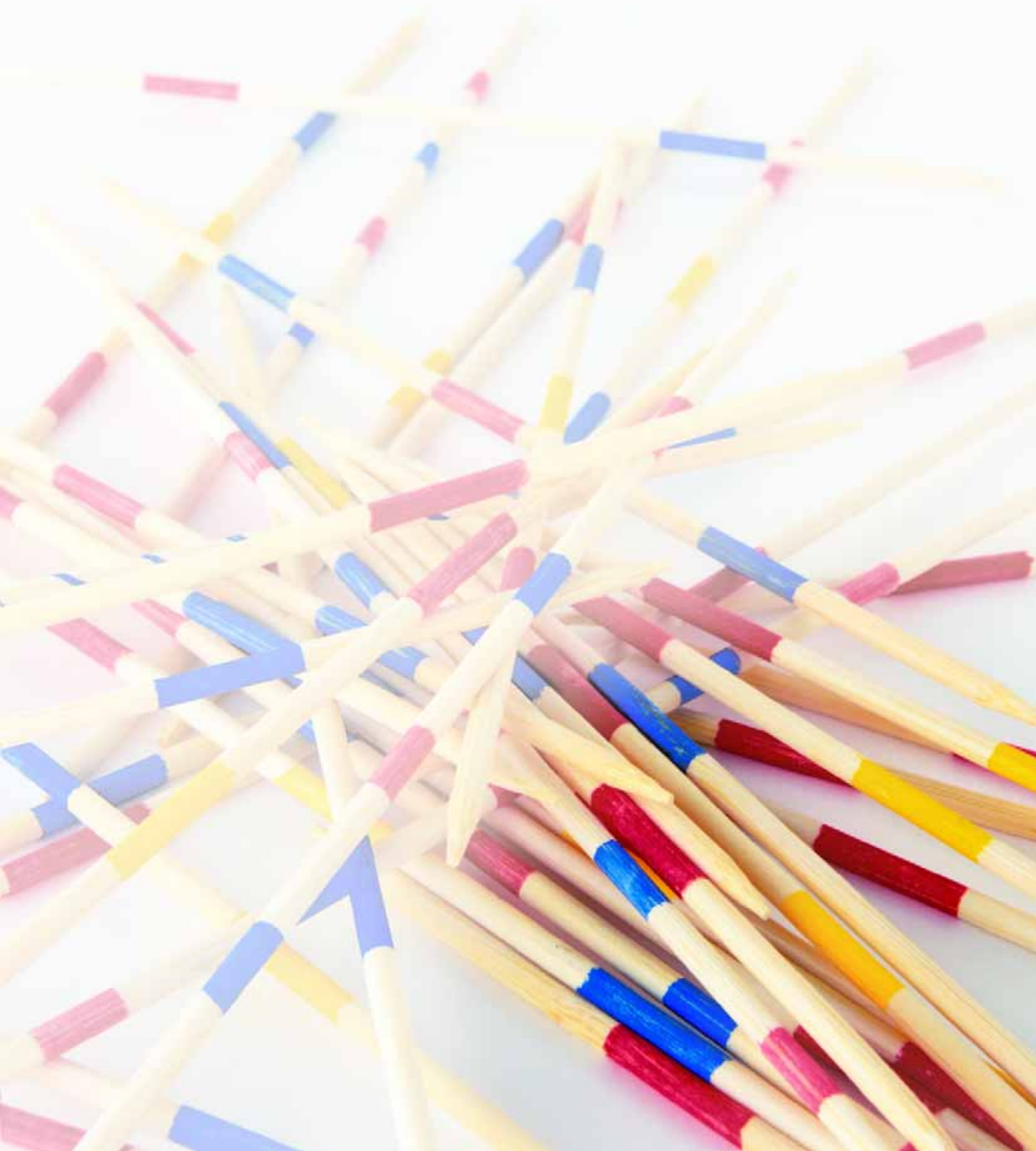


Dokumentation  
der Diskussion zum Thema

# Wahlkampf-Strategien 2005



**Strategisches Niemandsland – Vom Dilemma der Strategiebildung in der Politik – Berlin 13.06.2005 – überarbeitete und von den Diskussionsteilnehmern autorisierte Fassung (vom 20.8.2005)**

**Anlässlich der Vorstellung des Themenheftes „Strategie und Politik“ des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen (FJNSB), Nr. 2/2005 (Lucius Verlag Stuttgart) –**

**c Zitate mit Quellenangabe möglich**

**Rückfragen: Dr. Thomas Leif 0171-9321891**

**Mit Beiträgen von:**

**Prof. Dr. Joachim Raschke, Parteienforscher**

**Peter Radunski, Wahlkampf-Experte und PR-Berater**

**Matthias Machnig, Wahlkampf-Experte und Politik-Berater**

**Dr. Thomas Leif, Moderation**

**Thomas Leif – Moderation**

Jetzt kommen wir zu Joachim Raschke, der uns ein Fundament für unsere Debatte liefert. Seine Darstellung der strategischen Ausgangslage:

**Joachim Raschke**

Ich glaube, dass wir einen spannenden Wahlkampf vor uns haben. Paradoxerweise deshalb, weil die wichtigsten Fragen bereits entschieden sind. Rot-Grün ist abgewählt und Merkel wird Kanzlerin. Der erste Teil der Machfrage ist

also schon beantwortet: es kommt zum Machtwechsel durch Wechsel des Kanzlers und der stärksten Partei.

Dies wird erstmals ein Wahlkampf, bei dem das mögliche Ergebnis, der Machtwechsel, schon vorher stattgefunden hat. Das gibt dem Wahlkampf einige irreale Züge. Geführt wird ein *Als-Ob-Wahlkampf*, bei dem die Akteure so tun, als ob über den Machtwechsel noch zu entscheiden wäre, während die Bürger das in ihrer Wahrnehmung schon vorweggenommen haben. Das Unwirkliche dieses Wahlkampfs könnte eine überraschende Antwort auf den *zweiten* Teil der Machtfrage bringen. Die heißt: Wer regiert mit Angela Merkel? Eine Große Koalition ist möglich.

Das ist das Irritierende, wo wir auch gar keine Vorbilder haben, ein reiches Feld für journalistische und demoskopische Beobachtungen. Wie verhalten sich Leute in einem Wahlkampf, wenn die wichtigsten Fragen schon entschieden sind und die zweitwichtigsten nicht mehr richtig ernst genommen werden?

Das Spannende an dieser Wahl ist der zweite Teil der Machtfrage, weil natürlich nicht feststeht, ob Schwarz-Gelb die Regierung bildet. Es steht nur fest, dass Merkel die Kanzlerin sein wird. Es kann also durch eine ganze Reihe von Sekundäreffekten, die niemand gewollt hat, dazu kommen, dass eine große Koalition schließlich die Regierungsformation darstellt.

Ich glaube, ich muss das nicht weitergehend begründen, könnte das aber gerne nachholen, warum die Abwahl von Rot-Grün stattgefunden hat.

Es hängt mit der Erosion der SPD zusammen, die einen langen Vorlauf hat und im Herbst 2002 definitiv begann. Die dubiose Geschichte mit der Vertrauensfrage hat die SPD am Schluss noch einmal drei Prozent gekostet, aber die Wähler-Macht hat die SPD durch die Enttäuschung über ihre Politik nach der Bundestagswahl 2002 – noch vor der Agenda 2010 – verloren.

Horst Becker, ein alter Kämpfer der Demoskopie aus München, der in den großen Zeiten der SPD mit Matthias Machnig und anderen zusammen die Kampa zum Erfolg geführt hat, schrieb mir in einer E-Mail: *Die absurde Idee, man könne nach einem Wahldesaster einen Befreiungscoup landen und damit Autorität bei den Medien und den Wählern zurückgewinnen, kann nur in fensterlosen Räumen entstanden sein.* Das fand ich als Metapher, wo immer Gerhard Schröder seine Idee ausgebrütet hat, sehr gut.

Ich glaube, dass die Abwahl der SPD feststeht, weil sie die Leistungen nicht gebracht hat, die von ihr erwartet wurden, weder auf dem Gebiet des Wachstums noch auf dem Gebiet der Gerechtigkeit – und das sind die zwei Fragen, auf die es ankäme. Zuletzt hat sie die Glaubwürdigkeitserwartung verletzt. Das hängt mit den Modalitäten der Vertrauensfrage und der Programmgebung zusammen, die als Richtungswechsels wahrgenommenen und nach dem virtuell schon stattgefundenen Abgang aus der Regierung als opportunistisch bewertet wurde.

Die Erosion der SPD (seit Herbst 2002) verändert das gesamte Parteiensystem. Die Destabilisierung einer Großpartei geht in ihren Folgen weit über sie hinaus. Die beiden ehemaligen SPD-Vorsitzenden Lafontaine und Schröder beschäftigen mit den Konsequenzen ihres Scheiterns das gesamte Parteiensystem und blockieren die Gesellschaft. Die SPD trägt Mitverantwortung für die Linkspartei, die ohne ihr Regierungsversagen nicht entstanden wäre. Der eine ihrer Enkel-Vorsitzenden kehrt mit Verstärkung zurück und treibt seine ehemalige Partei in ihrer schwächsten Stunde einer Großen Koalition zu, die ihren Abstieg weiter beschleunigt.

Wenn der Machtwechsel bewusstseinsmäßig für die Menschen schon stattgefunden hat, welche Konsequenzen hat das für die Wahl?

Die erste Konsequenz ist, der Wahl fehlt der Ernstcharakter. Der ist nur gegeben, wenn die Wähler auch über die Macht-, das heißt die Regierungsfrage mitentscheiden können. Diesmal finden zwei Wahlen statt: auf der Linken kommt es zum Stimmungstest, in der rechten Hälfte geht es um die Machtfrage. Im linken Feld wird - wie bei einer Europawahl, unbelastet von der Regierungsfrage – lediglich die Präferenz gemessen. Ohne die Machtfrage wird bei Grünen und SPD die Kernklientel übrig bleiben.

Wenn die Machtfrage nicht mehr steht und die Wähler im linken Feld von dieser Frage entlastet sind, dann kommt es eben zu solchen unernsten Verhaltensformen. Am letzten Parteitag der Grünen fiel mir diese abenteuerliche, die Intelligenzbeleidigende fiktionale Geschichte, auf Sieg, auf Rot-Grün zu spielen, auf. Der Abstand zwischen den Lagern ist 15 Prozent. Der Hauptakteur sagt, drei Wochen haben wir im September. 15 Prozent in drei Wochen, das ist im irrealen, im fiktionalen Bereich.

Das ist eine rückwärtsgewandte Scheininszenierung, die von der schwierig zu beantwortenden Frage ablenken soll, wofür man die Grünen nach der Wahl

koalitions- und machtpolitisch noch braucht. Das führt dann zu Phänomenen wie dem Leerlauf der Rhetorik.

Bei der SPD ist es das Gleiche: hohle Sieg-Rhetorik auf dem Hintergrund der Unfähigkeit, für diese Wahl ein strategisches Ziel zu formulieren. Dazu Formelkompromisse beim Wahlprogramm und zerfallende Führung (für wen in der SPD spricht Schröder, genau genommen?). Weil sie nicht ganz Ernst und schon gar nicht beim Wort genommen werden kann, wird die SPD von den vielen Schwächen der Unionsparteien nur wenig profitieren.

Die andere Konsequenz im linken Bereich ist die Linkspartei. Sie ist der freigesetzte Protest. Da gibt es nicht mehr den Druck zu sagen, *wenn ihr so wählt, dann ermöglicht ihr eine Rechtsregierung*. Wie war der PDS-Spruch 2002? *Wer PDS wählt, verhindert Stoiber*, hieß es damals. Logiken dieser Art, die sagen, *ihr müsst links wählen, um eine Regierung zu verhindern*, (auch wenn es damals, PDS bezogen, unlogisch war) gibt es nicht, wenn wahrgenommen wird: die Kanzlerfrage ist schon entschieden.

Alle Unzufriedenheit, die man als SPD-Abwanderer mit dieser Regierung gehabt hat oder die man im Nichtwählerbereich hat –Infratest dimap sagt, dass das rechte Nichtwählerpotential im Umfang von neun Prozent zur Hälfte für diese Linkspartei erreichbar ist –, dazu der Linksprotestbereich, das ist ein weites Feld von Potentialen. Neben den Nichtwählern sind am interessantesten die vagabundierenden sozialdemokratischen Wähler. Für mich, aus Hamburg kommend, ist das nichts Neues. Da hatten wir eine sozialdemokratische Hochburg. Seit den 90er Jahren gab es Absetzbewegungen in den kritischen Vierteln Wilhelmsburg usw., die mit Nichtwahl begonnen, dann die CDU, später Schill gewählt haben, dann wieder zur CDU gegangen sind, also eine ganze Reise hinter sich haben. Sie vagabundieren, aber selten gehen sie zur SPD zurück. So eine Gruppe vagabundierender sozialdemokratischer Wähler ist es, die diese Unberechenbarkeit in das Parteiensystem und vor allem in dieses linke Feld bringt.

Der dritte Punkt könnten Mobilisierungsprobleme für die CDU/CSU aus dieser Situation sein, wenn man in der Wählerschaft davon ausgeht, es ist entschieden, und dann diese oder jene Unzufriedenheit hat – z.B. bei Rentnern oder auch Arbeitslosen – mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer etc.

Das Wahlprogramm habe ich – so als Kurzeinschätzung – eigentlich selbst als ganz geschickt wahrgenommen und bewertet, als so eine Form von selektiver Ehrlichkeit, selektivem Mut und auch selektiver sozialer Hinweise. Man sagt natürlich nicht die ganze Wahrheit. Das weiß man auch bei der CDU, dass die ganze Wahrheit auf dem Wählermarkt ruinös ist. Also macht man diesen Modus einer selektiven Wahrheit.

Man hat den Mut, die Mehrwertsteuer zu einem offensiven Thema zu machen, in der Erwartung, die ja auch glücken, auch eintreffen kann, dass man die guten Gründe im Zusammenhang mit Lohnnebenkostensenkung darüber erreicht. Aber man spricht nicht über die Grausamkeiten, die viel größer sein werden, die man beim Sparen für einen vertretbaren Haushalt vornehmen muss. Also: selektive Wahrheit, selektiver Mut, selektive Ehrlichkeit. Aber das könnte aufgehen, wenn man kommunikativ in die Offensive kommt.

Ein Satz zur FDP, weil Machnig da neulich auch geschrieben hat, *dann sei die FDP besonders bedroht*. Das kann ich nicht sehen. Die FDP halte ich unter diesen Bedingungen für gesichert. Merkel ist gewählt, Union ist stärkste Partei, kann durch die SPD nicht eingeholt werden und die absolute Mehrheit der Union ist unmöglich. Das ist die ideale Konstellation für die FDP als Funktionspartei. Die Union braucht die FDP. Dann haben sie die Vorteile des Lagerwahlkampfes, die diesmal einseitig nur im rechten Feld des Parteiensystems gelten. Links hat man sich der Vorteile des Lagerwahlkampfes entledigt, Zweitstimmenkampagne usw. Dazu hat die FDP eben auch ein Mobilisierungsthema mit der Mehrwertsteuer.

Unemst auf der linken, Demobilisierungsprobleme auf der rechten Seite. Beides kann in der Summe zur Großen Koalition führen.

Karl Lauterbach hat das als Vorteil für die SPD gesehen. Ich würde da eine ganze Menge Fragezeichen setzen. Ich fange mal damit an und andere werden das wahrscheinlich fortführen. Ich glaube, dass es für die SPD eine mittlere Katastrophe und für Deutschland ein Horror-Szenario wäre. Die SPD ist auf einer völlig anderen Bewegung, auf dem Weg auf eine linkere Position, hat sich auf die Linkskonkurrenz eingelassen, ist personell, programmatisch, mental und strategisch unvorbereitet. Völlig im Gegensatz zu 1966. In ihrer heutigen, desolaten Verfassung würde die SPD aufgerieben im Spagat zwischen einem in wirtschaftsliberaler Richtung reformbereiten bürgerlichen Lager und einer linkspopulistischen Opposition.

Regierung ist nicht die große Gemeinschaft aller Deutschen entlang einem bundesrepublikanischen Wilhelminismus („Ich kenne keine Parteien mehr“). Regierung ist ein Leistungstest. Die rot-grüne Regierung hat auf dem ökonomischen Feld versagt, jett will man wissen, was die anderen können. Die Menschen haben jede Art von Blockadepolitik satt.

## **Moderation**

Jetzt kommt Peter Radunski, man kann, ohne allzu despektierlich zu sein, sagen, ein altes Schlachtross der Wahlforschung mit vielen, vielen Wahlkämpfen auf dem Buckel. Er wird uns jetzt einen tiefen Blick in die CDU-Denkweise bringen, die das Lage-Bild insgesamt anreichern wird.

## **Peter Radunski**

Meine Damen und Herren, wie die Zeiten so sind, ist es ja klar, dass der CDU-Mann unter den Diskutanten des Podiums derjenige ist, der sagt, Sie können alles zitieren. Denn die Tatsache, dass Angela Merkel die Wahlen gewinnt, kann ich gar nicht genug bei Ihnen lesen. So fange ich mal an.

Natürlich will ich das ganze Geschehen auch ein bisschen distanzierter betrachten. Ich möchte mit einem ganz wichtigen Punkt beginnen, der im Grunde genommen ein großes Handicap für die SPD in dieser Wahl ist. Das ist die Vertrauensfrage.

Wir haben ja dreimal Vertrauensfragen erlebt, ich in meiner politisch aktiven Zeit ja ganz bewusst. Bei Willy Brandt war das eine Offensivmaßnahme sondergleichen, sie hat ja auch in einem großen Wahlsieg der SPD geführt. Bei Helmut Kohl war es 1983 – elf Jahre später – eine Offensivmaßnahme, die auch in unser bestes Ergebnis geführt hat. Das heißt, das waren offensive Schritte.

Die Vertrauensfrage, die Schröder stellt, ist im Grunde genommen das Eingeständnis einer Niederlage und defensiv. Ich glaube, diese Schwäche dieser Neuwahlinitiative, eben keinerlei offensives Moment zu sein, zeigt, dass sie für die SPD-Seite überhaupt nicht zum Wahlkampf taugt. Deswegen haben wir etwas Überraschendes: Die SPD wird eine Oppositionsstrategie aus der Regierung heraus im Wahlkampf machen. Die CDU wird eine Regierungsstrategie aus der Opposition machen. Das ist auch etwas, was wir nicht jeden Tag haben. Die CDU

nennt ihr Wahlprogramm eigentlich schon Regierungsprogramm und die anderen sagen ein diffuses Wahlmanifest an, von dem sie im Moment wohl offensichtlich nicht ausgehen, dass das in nächster Zeit in die Praxis geführt werden muss.

Ich möchte Sie noch auf eine Sache hinweisen: Der Wähler sagt sehr selten danke. Auch eine Regierung die eine gute Leistungsbilanz hat, kann ihm das mal kurz vortragen, aber nicht lange und er vergisst das. Ganz anders ist es, wenn Sie die internationale Wahlforschung ansehen, wenn der Wähler eine Missleistung, einen Fehler oder gar ein Versagen einer Regierung entdeckt. Dann ist er im Rückblick verdammt nachhaltig. Deswegen hat es die SPD in diesem Wahlkampf so schwer. Denn wenn der Wähler in diese Kategorie kommt, dann ist er ein furchtbarer strafender Richter.

Haben wir eine Wechselstimmung beim Wähler? Die Institute sagen *ja*. Ich glaube, die gute alte Charakterisierung ist im Moment die Beschreibung der Stimmung. *Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird, aber es muss anders werden, damit es besser wird.* Ich glaube, das ist im Moment die Situation. Ich denke, dass die Wechselstimmung der harte Trend dieser Wahlen ist. Hier ist ja schon von einem gewissen Unernst, jedenfalls im Bereich der Machtfrage, gesprochen worden. Ich glaube, es ist diese Wechselstimmung, die das auch erzeugt.

Nun könnte man ja sagen, dass Deutschland mit diesem Wahlkampf, der jetzt kommt, die große Chance hat, seine Probleme, wie ein reinigendes Gewitter gewissermaßen, umfangreich zu diskutieren, und zwar nicht nur in der Technik von Haushalten oder in der Regelung von Sozialsystemen, sondern eben auch insgesamt über die Befindlichkeit dieser Gesellschaft.

Wir haben in Amerika nach Wahlen häufig gelesen, *the nation was redefined*, hat sich wieder erneuert, sich im Grunde genommen sogar neu erfunden. Diese Neuerfindung unserer Gesellschaft, unserer Zukunft oder auch unseres politischen Zusammenlebens werden wir wohl nicht in diesem Wahlkampf erfahren. Ich glaube, es wird wirklich eigentlich nur der nächste Versuch bei den Wählern sein, einfach durch Austausch der Regierung bessere Verhältnisse zu bekommen – nicht mehr, aber auch nicht weniger, das, was wir bei Landtagswahlen, was wir bei Bundestagswahlen 98 und bei anderen erlebt haben. Wobei 98 so ein bisschen, Herr Machnig, da würde ich Ihnen zustimmen, auch andere gesellschaftlich soziokulturelle Strömung mitschwang, auch 2002 noch etwas. Deutschland wird sich

also im Wahlkampf wohl nicht neu erfinden, sondern einfach die Regierung wechseln.

Bleibt die Frage oder bleibt das Zitat, das ich mir aus dem Prediger Salomon rausgesucht habe: „Und das Geld muss alles zuwege bringen.“ Das heißt, alles was regierungsmäßig zu leisten ist, was die politische Veränderung unserer Gesellschaft ausmacht, wird in Mark und Pfennig irgendwo abgegolten und vom Wähler gemessen.

Sind das wirklich die Themen, über die man sprechen muss? Der *Economist* wirbt mit dem wunderschönen Spruch: *Economy is only half of the story*. Das gilt natürlich auch für unsere Gesellschaft. Denn wenn man wirklich meint, dass wir in einer gewissen Weise runtergewirtschaftet, unflexibel, ein bisschen unbeweglich geworden sind, nicht innovativ genug, dann ist das ja sicher mehr, was dann von künftigen Regierungen und der Politik – gewissermaßen auch ein bisschen im Sinne von *Elite als Führung* – verlangt wird, als nur bestimmte Haushaltsmaßnahmen oder bestimmte Steuermaßnahmen, also auch die Frage der kulturellen Auseinandersetzungen nach innen und nach außen, menschliches Klima im Zusammenleben der Deutschen oder Gemeinschaftsverhalten. Wie wollen wir leben als Deutsche, was ist unsere Gesellschaft? Sie kennen die verschiedenen Strömungen.

Ich kann es ja auch mal umgekehrt sagen: Ist Deutschlands Aufschwung oder Aufbruch gesichert, wenn wir wirtschafts- und finanzpolitische Fragen lösen? Ist dann wirklich alles o.k.? Oder bleibt die Frage, wie wir in Deutschland mit Ausländern umgehen, wie wir den Zustand unseres persönlichen Wohlergehens und Glücks betrachten? Ist gelöst, ob unser Gesundheitssystem fit ist für die Zukunft? Bildungsproblem? Morgen kommt ja wieder das neueste PISA-Urteil, das uns wieder glücklich machen wird, vermute ich mal.

Solche Fragen werden eigentlich im Grunde genommen mit den Fragen, die im engeren strengerem Sinne von allen Parteien aufgeworfen sind, nämlich als streng wirtschaftlich-finanzielle Maßnahmenfragen, nicht beantwortet.

Die Frage ist, wie lange wir von der Politik, vor allem die beiden großen Volksparteien, es uns leisten können, ohne diese Sinnbezüge, ohne diese Perspektiven, ohne diese programmatischen Zukunftsentwürfe auszukommen.

Denn wenn es immer nur um Einzelmaßnahmen geht, ist natürlich für meine Begriffe die Zersplitterung des Parteiensystems vorgegeben.

Denken sie nur daran, in der Weimarer Republik hat es für eine kurze Zeit eine Partei der Hausbesitzer gegeben, deren Häuser Zentralheizung hatten, und eine Partei der Hausbesitzer, die keine Zentralheizung hatten. So wurden Interessen und damit das Parteiensystem aufgesplittet.

Ich will ganz kurz noch die Chancen der Parteien ein bisschen beleuchten, dabei natürlich auch die der CDU. Ich fange mit der CDU an. Die Chancen sind hier schon genannt. Ich persönlich glaube, dass es natürlich ein gewisses Auf und Ab geben wird, dass es zum Schluss aber einen *Last-Minute-Swing* und auch einen *Bandwagon*-Effekt zugunsten der CDU geben wird. Für mich wird sie eher über 45 als unter 40 Prozent kommen.

Es ist wichtig, bei den Wählerwanderungen zur CDU genau hinzusehen. Das ist gar nicht so sehr die Wanderung von der SPD zur CDU, das sicher auch. Aber viel entscheidender ist zum Beispiel die Rückgewinnung von Nichtwählern. Die nordrheinwestfälischen Wahlen der CDU sind gar nicht so sehr durch massenhaften Weggang der SPD zur CDU, sondern durch Re-Mobilisierung von Nichtwählern gewonnen worden. Ich glaube, dieser Trend wird auch bei der Bundestagswahl relevant.

Dann ist die Frage, welche der unzufriedenen Wähler lieber die von Lafontaine geschürte Unzufriedenheit oder die dann von der CDU geschürte Unzufriedenheit wählen können. Die Linkspartei ist nicht nur ein Konkurrent der SPD, sie ist auch ein Konkurrent der CDU.

Was das Wahlprogramm der CDU angeht, hat sie es richtig gemacht, dass sie einen Punkt, an dem sich eigentlich alles entzündet, nämlich die Mehrwertsteuererhöhung, genannt hat und damit den Faktor Ehrlichkeit relativ weit nach vorn gebracht hat, weil wir das in der Tat in der Bundesrepublik Deutschland so noch nicht hatten.

Ich darf zurückgehen in das Jahr 83, damalige Neuwahlen, wo ich als Bundesgeschäftsführer der CDU verantwortlich für den Wahlkampf war. Auch damals haben wir, was damals das Novum war, die Besteuerung der Zweitrente vor den Wahlen eingeführt, wobei alle gesagt haben, *das werdet ihr überhaupt nie*

*überleben*. Aber es ist anders gekommen. Wir hatten eine ganze Reihe von Maßnahmen damals genannt und sind mit einem Haushalt, wir waren ja kurz an der Regierung, und einem Maßnahmenbündel in den Wahlkampf gegangen und waren sehr erfolgreich.

Deswegen glaube ich, dass es tatsächlich der CDU – mal politisch-marketingmäßig gesprochene – gelungen ist, hier eine Alleinstellung zu gewinnen. Nebenbei darf ich Ihnen noch was sagen: Sie hat natürlich der FDP einen Riesengefallen getan, weil es natürlich eine Reihe von Nichtsteuererhöhungfanatiker gibt, die auf jeden Fall dann eher wahrscheinlich FDP wählen. Sie sehen, heute gibt es eine neue Umfrage von Forsa, da hat die CDU ein Prozent verloren, nach Forsa-Diktum also bei 46, und die FDP hat einen Prozent gewonnen auf 7. So etwas werden wir in der Form noch häufiger erleben.

Frau Merkel wird vielleicht den Trend zur CDU über die Frauenfrage verstärken können. Ich lasse mir nicht ausreden, dass es doch eine unterschwellige stimmungsmäßige Tendenz der Frauen geben wird, die erste Kanzlerin zu unterstützen. Ich glaube also, der *Last-Minute-Swing* und der *Bandwagon*-Effekt in den letzten zwei Wochen wird den Trend zur Union stärken. Bis dahin wird es sicher die eine oder andere Schwankung geben.

Ich rate der Union deshalb auch dringend zu einem dem Kurzwahlkampf entsprechenden Wahlkampfstil. Es kann ja nicht langfristig angelegte Wahlkampfstrategien geben, sondern es muss eigentlich mehr schlagfertige, schnelle Kommunikation geben, redaktionellen Wahlkampf, also Pingpong mit den Medien, jeden Tag dabei sein, das Programm und die aktuelle Diskussion sehr schnell verkaufen und darüber hinaus bei der Werbung sehr politisch bleiben. Das heißt also: Merkel, Wechsel und Aufschwung sind die drei Faktoren, die dann irgendwo auf Plakaten auftauchen werden.

Der dritte Punkt ist sehr wichtig: Das hat Herr Raschke sauber herausgearbeitet. Es ist eine hohe Gefahr, sowohl für CDU wie SPD, gerade für die beiden großen Parteien, dass ihre Wähler etwas müde werden in diesem Wahlkampf und nicht die Dramatik, die wir politisch Interessierten vielleicht empfinden, nachvollziehen und zu Hause bleiben, weil sie sagen, *die CDU gewinnt sowieso und die SPD kann ruhig mal eine Pause haben*, und weil sie natürlich nicht nach links gehen wollen. Das ändert aber nichts daran, dass das für beide Parteien hoch gefährlich wird, wenn sie nicht mobilisieren.

Mobilisierung ist ohnehin international. Der große Wahlrend vom *Air-words* und *ground-war*, also nicht nur die Medien, sondern die persönliche Ansprache, der Brief, das Telefon usw., also mit den Leuten direkt zu kommunizieren, müsste in diesen drei Wochen massiv passieren. Ich hoffe, dass das sehr stark gemacht wird. Die CDU ist dabei, ein so genanntes *Team Zukunft* aufzubauen, klassisch wie die Republikaner im letzten Wahlkampf 2004 – *Rally the faithful*.

### **Moderation**

Jetzt kommt Matthias Machnig mit seiner Gegenposition zu seinem Gegenspieler von der Union

### **Matthias Machnig**

Ich bin in einer schwierigen Rolle. Grundsätzlich finde ich Veranstaltungen, auf denen sich alle so einig sind, weder unterhaltsam noch erkenntnisorientiert. Weil sich hier alle so einig sind, versuche ich an der einen oder anderen Stelle darüber nachzudenken, ob die Gewissheit, die alle über diesen Wahlkampf zu haben scheinen, eigentlich berechtigt ist.

Wenn man das mal auf Begriffe bringen kann, versuche ich heute Abend drei Rollen in einer Person abzubilden. Die erste Rolle: Ich versuche mich als Analyst, zweitens versuche ich mich als Berater und drittens versuche ich mich als Sozialdemokrat.

Wir reden heute Abend über Strategie. Ich will fünf Aspekte benennen, und zwar unabhängig vom Wahlkampf, die aber dennoch auch im Wahlkampf gelten, was eigentlich Indikatoren, Elemente von Strategiebildung sind, die unverzichtbar sind?

Das Erste und Wichtigste ist ein strategisches Zentrum. Das hat Herr Raschke, das haben viele andere gesagt. Was macht ein strategisches Zentrum aus? Ein strategisches Zentrum muss einen beständigen Abgleich und darauf aufbauend einen intelligenten Diskurs zwischen administrativer, heißt also Regierungslogik, und politisch-kommunikativer Logik entwickeln. Daraus entsteht Politik, die kommunizierbar ist, die darstellbar ist und die Unterstützung und Vertrauen organisiert.

Das zweite ist, das ist in diesen Zeiten besonders wichtig, weil alle sind sich darüber einig, dies wird ein Wahlkampf um die ökonomische Frage, also braucht man ein gemeinsames polit-ökonomisches Ausgangsverständnis. Dieses polit-

ökonomische Ausgangsverständnis heißt heute: Derjenige, der ökonomische Sicherheit und Vertrauen mit seiner Person, seiner Partei verbinden kann, wird diese Wahl gewinnen. Wobei Sicherheit nicht mehr heißt, über Transferleistungen Sicherheit zu gewährleisten, sondern dass ich eine nachvollziehbar konsistente Wirtschaftspolitik habe, die den produktiven Kern in Deutschland stärkt. Der produktive Kern heißt Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wettbewerbsvorsprünge, weil das die Voraussetzung dafür ist Wachstum und Beschäftigung zu stärken und damit die Voraussetzung für Sicherheit.

Drittens brauche ich eine Reformgeschichte, einen Reformdiskurs und Reformsymbole. Weil ich das brauche, glaube ich, dass dieser Wahlkampf zwar über Instrumente geführt, aber am Ende über Wertfragen entschieden wird.

Viertens brauche ich, um strategiefähig zu sein, eine politisch-kommunikative Arbeitsteilung in den Parteien und ich brauche sie zwischen Partei, Regierung und anderen Akteuren.

Fünftens brauche ich Netzwerke, Transmissionsriemen für meine politische Kommunikation. Ich brauche also Intellektuelle, seien es Journalisten, seien es Gewerkschaftsfunktionäre, Verbandsvertreter o.ä.

Das sind die fünf zentrale Voraussetzungen, um strategiefähig zu sein.

Jetzt ein paar Bemerkungen zur Wahl und dann werde ich auf diese fünf Punkte zurückkommen:

Ich stimme mit Herrn Raschke überein, es wird ein ungewöhnlicher Wahlkampf. Ich warne auch alle davor, heute schon bereits das Ergebnis zu prognostizieren. Ich will auch sagen, warum.

Erstens hat es einen solchen Wahlkampf unter diesen Voraussetzungen noch nie gegeben. Keine Regierung hat bislang etwas getan, was wie der freiwillige Machtverzicht aussah. Zweitens ist damit verbunden, wir haben eine – das wird in diesem Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen – bereits heute erkennbare Veränderung der Parteienlandschaft. Es wird eine zusätzliche Kraft im deutschen Parlament geben, die heißt PDS ML .

Drittens gibt es so etwas wie, auch da stimme ich mit Herrn Raschke überein, den scheinbaren sicheren Wahlsieger seit dem Tag der Neuwahlentscheidung. Genau das könnte ein Problem werden für Frau Merkel und die CDU in den nächsten Wochen.

Alles, was man glaubte über Wahlkämpfe, über die Psychologie und die politische Mechanik in diesem Land zu wissen glaubte, könnte sich als voreilig angesichts der genannten Rahmenbedingungen erweisen.

Frau Merkel ist, so habe ich das in meinem Beitrag für die (FTD) genannt, *die gefühlte Kanzlerin*. Was ist damit eigentlich verbunden? Sie ist ab sofort voll verantwortlich für alle Probleme in diesem Land und sie muss von ihrer Diktion, von ihrem Auftritt, von ihrer Programmatik ein Programm anbieten können, das sie unmittelbar handlungsfähig, regierungsfähig und problemlösungsfähig erscheinen lässt.

Wenn ich mir jetzt mal einen Satz zum CDU-Programm erlauben darf, ich will da gar nicht in die Fachdebatten einsteigen, aber dieses Programm, was da am Montag vorgelegt wurde, erfüllt exakt diese Kriterien nicht.

Ich will das an ein paar Punkten deutlich machen: Wer für Wachstum ist, kann keine Wachstumsbremse einbauen, indem er die Mehrwertsteuer erhöht. Wer für Ehrlichkeit plädiert, kann nicht sagen, ich erhöhe die Mehrwertsteuer um zwei Punkte, obwohl bereits klar ist, dass eine Erhöhung um zwei weitere Mehrwertsteuerpunkte kommen wird. Wer die Beitragsfreiheit für Kinder in der Krankenversicherung ankündigt, muss 15 Milliarden finanzieren und braucht dazu die Einnahmen aus einer zweiten Mehrwertsteuererhöhung. Deswegen ist das für mich kein Programm – ich könnte weitere Beispiele nennen – der Wahrheit. Es ist auch kein Programm der Hoffnung. Und es ist kein Wachstumsprogramm.

Alle Umfragen signalisieren eines: Trotz der Chaoswochen der SPD, ist mit einer neuen Regierung, überhaupt keine Hoffnung verbunden, keinerlei. 25 %, das ist keine Zahl von mir, sie ist von Allensbach, sagen, es wird überhaupt nichts anders. Und ob die es besser können, das werden wir mal sehen.

Damit ist auch etwas verbunden, was die Meinungsumfragen zum Teil gar nicht zum Ausdruck bringen. Ich will das an zwei Stellen beleuchten. Je nach Institut sagen alle Meinungsforscher, 40 – 50 % der Menschen sind noch gar nicht

entschieden und man muss sehr fein differenzieren zwischen Kompetenzzuschreibung einer Partei und gesellschaftspolitischer Mehrheiten, die ich in einzelnen Feldern habe. Ich stelle zunächst mal eines fest: Die CDU hat keine Mehrheit in der Steuerpolitik, in der Gesundheitspolitik, an fast keinem der zentralen Punkte. Ich glaube, auch das wird man in diesem Wahlkampf merken, wenn es denn wirklich ein Wahlkampf wird, der nicht über Kompetenzvermutung oder Parteipräferenzen, sondern über Inhalte geführt wird.

Es wird noch etwas anders sein, von dem noch gar nicht klar ist, welche Bedeutung es haben wird. Die ideologischen Antipoden in diesem Wahlkampf sind nicht Schröder und Merkel. Die ideologischen Antipoden in diesem Wahlkampf sind Lafontaine/ Gysi und Merkel/ Westerwelle. Damit, das ist interessant, ist die SPD zunächst mal in ihrer Verortung insgesamt in der politischen Mitte, was kein schlechter Ort ist und wo ja auch, wie wir alle wissen, Wahlkämpfe gewonnen werden.

Fünftens bin ich davon überzeugt, auch wenn diese Frage nicht die zentrale Frage sein wird in diesem Wahlkampf, Rot-Grün hat nach wie vor eine sozial-kulturelle Mehrheit in Deutschland. Sie hat keine ökonomische Mehrheit. Sie hatte sie 98. Das war aber nicht an die Konstellation, sondern an Gerhard Schröder gebunden. Sie hatte die ökonomische Mehrheit nicht 2002, aber sie hatte 2002 eine sozial-kulturelle Mehrheit. Die gibt es nach wie vor. Welche Rolle diese sozial-kulturelle Frage spielen wird, wird man sehen. Dazu steht der Wahlkampf noch zu sehr am Anfang.

Das Letzte zum Nachdenken ist, man kann zu der These kommen, die – wie ich finde – auch richtig ist: Die Frage von Programmen, Inhalten, Angeboten wird in diesem Wahlkampf wichtig sein. Aber ich sage trotzdem, Personen haben einen hohen Stellenwert.

Dabei begegnet mir in den letzten Wochen massiv, insbesondere nach dem 1. Juli, nach dem Auftritt von Schröder/ Fischer und dem Auftritt von Merkel/ Westerwelle, also dem Auftritt der ersten und der zweiten und dritten Liga, dass sehr viele sehr viel nachdenklicher und zurückhaltender geworden sind.

Deswegen sage ich, diese personelle Dimension hat eine ganz zentrale und wird eine gewichtige Rolle spielen. Wir wissen seit gestern, es wird auch so etwas wie ein TV-Duell geben. In diesem TV-Duell hat Frau Merkel ein zentrales Problem.

Deutschland weiß wenig über sie. Das Einzige was Deutschland über sie weiß, ist, sie ist eine Machtpolitikerin, sie hat einen Machtinstinkt, sie ist innerparteilich durchsetzungsstark und extrem ehrgeizig. Ob das reichen wird, um politisch ein Land zu führen, diese Frage, das hat viel mit der neuen Rolle als gefühlte Kanzlerin zu tun, diesen Beweis muss sie auch im Rahmen des TV-Duells zunächst mal erbringen. Jetzt habe ich die fünf Kategorien mühevoll eingeführt und will sie anhand der beiden Parteien beleuchten.

Erstens, gibt es ein strategisches Zentrum, einen strategischen Plan bei CDU und bei SPD?

Bei der SPD gibt es ganz viele, die verfolgen einen Plan und das ist ein Problem in der gegenwärtigen Phase, das ist der Plan 19.9. Wie ist meine Aufstellung für Tag danach?

Bei der CDU habe ich einen Vorteil, was das strategische Zentrum angeht, obwohl es das auch real nicht gibt, außer von Frau Merkel und ein paar Mitarbeitern. Die haben ein Problem: Der Sieg macht die Leute gefügiger, denn es geht um Posten, also ein Vorteil für die Union.

Zur polit-ökonomischen Ausgangslage sage ich ganz klipp und klar und prognostiziere eines: Eine radikalisierte Angebotspolitik, wie die CDU es vorschlägt, wird kein Problem in Deutschland lösen. Auch ob es wählerüberzeugend ist, da habe ich meine Zweifel.

Gibt es drittens eigentlich so etwas wie einen Reformdiskurs? Alle haben festgestellt, das Programm der CDU hat eines nicht, es hat keine Geschichte, sozusagen keine Reformgeschichte und Reformperspektive. Da komme ich wieder auf das zurück, was die SPD schmerzhaft erfahren hat mit der Agenda 2010. Die hatte das auch nicht.

Die SPD hat ihrerseits einen kleinen Vorteil. Ob er wichtig wird, das wird man sehen. Es ist der Vorteil, dass sie angesichts der ideologischen Positionierung Lafontaine, Merkel, Westerwelle, sich zumindest politisch in der Mitte bewegen.

### **Joachim Raschke**

Es gibt viele Schwachpunkte bei der Union. So sind die Führungs- und die Richtungsfrage nur vorläufig geklärt. Aber diese innere Schwäche wird in der

jetzigen Konstellation nicht durchschlagen. Die Union wird von vielen nicht aus Überzeugung gewählt, sondern die Regierung wird abgewählt.

Die Latte für einen Erfolg von CDU/CSU liegt extrem niedrig. So niedrig wie seit 1957 nicht mehr. Da erreichte die SPD 31.8 Prozent. Alle Faktoren, die bei einem Gleichgewicht und einer wirklichen Chancengleichheit zwischen den Großparteien bzw. Lagern wichtig sind (Führungsvergleich etc.), verlieren in dieser Konstellation *für die Wähler* an Bedeutung. Der Satz aus dem Unions-Programm stimmt: „Rot-Grün hat seine Chance gehabt.“ Deswegen sind konventionelle Einschätzungen zu gleichwertigen Partnern, die dann auch eine Bedeutung haben können, irrelevant in diesem Kontext.

### **Peter Radunski**

Obwohl man viel dazu sagen könnte, was Herr Machnig gesagt hat, möchte ich Sie nur auf etwas ganz anderes hinweisen. Die neue Situation, die wir in diesem Wahlkampf haben, die jetzt in Deutschland da ist, ist, dass wir in Deutschland bei dieser Wahl gar keine Hauptauseinandersetzung zwischen CDU und SPD in dem Sinne haben, sondern dass wir in dieser Sechs-Parteien-Landschaft im Grunde genommen sechs verschiedene Duelle haben, die diesen Wahlkampf entscheiden und Wählerströme provozieren oder initiieren könnten.

Das erste ist natürlich CDU/CSU und SPD, aber dann kommt schon SPD und Grüne. Es mag ja ganz raffiniert sein, wie Schröder und Fischer sich abgesprochen haben, aber mir ist es der Raffinesse jetzt schon etwas zuviel, wie die da gegenseitig auftreten. Der dritte Punkt ist natürlich CDU/CSU und FDP. Auch das ist klassisch. Die FDP hat ein Ass im Ärmel, das ist die Zweitstimmenkampagne. Immer dann, wenn sie ins Lager gekommen ist, dann hat sie bei uns fürchterlich gewütet und geraubt, und zwar Zweitstimmen. Das macht sie diesmal auch wieder. Ich habe mein Leben lang versucht, irgendwelche Formeln gegen Zweitstimmen zu machen, aber das ist so, als wenn man kleinen Kindern sagt, *du sollst nicht mit Streichhölzern spielen*. Sie ziehen daraus den Schluss, *ich spiele mit Streichhölzern!* Genauso ist es mit der Zweitstimme.

Die Auseinandersetzung SPD/ Linkspartei ist Ihnen allen klar vor Augen. Aber, ich weise noch mal drauf hin, wer holt sich Unzufriedene? Union und Linkspartei und nicht zuletzt, 6., Linkspartei gegen rechts, also gegen NPD, DVU usw. Das hat ja

durch die Wortwahl und durch die ganze Art, wie er das ein bisschen angeht, Lafontaine schon erkannt und macht es entsprechend.

Das heißt, wir haben eine völlig andere Art von Wahlkampf, so wie ich sie aus Österreich kenne, wo ich mitmachen konnte, wo wir im Grunde genommen ein Vielparteiensystem haben und auch eine Vielfalt von Duellen. Man muss höllisch aufpassen immer zu sehen, wer gerade gegen wen kämpft. Es immer nur zwischen den beiden großen Volksparteien SPD oder CDU aufzurechnen, wäre völlig Quatsch.

## **Moderation**

Sagen Sie uns die drei strategischen *Essentials* der CDU unter Merkel, aufbauend auf ihrem 6er-Modell. Was sind die drei *Essentials* im harten Politikgeschäft, wie wird sie strategisch vorgehen?

## **Peter Radunski**

Der erste Punkt ist ganz klar der Wechsel, der gewollt wird und von dem sie auch sagt, der muss sein, das ist die niedrige Latte. Der zweite Punkt, dass sie sagt, wir sind die einzige Partei, die ehrlich sagt, was jetzt gemacht werden muss. Im Grunde genommen ist in der Wählerstimmung ja keine besondere präzise Vorstellung von dem, was gemacht werden muss, außer dem Gefühl, es muss was gemacht werden. Da bin ich sicher, das kann die CDU mit ihrem Programm am besten nachweisen, zumal, Herr Machnig, Sie nicht übersehen sollten, die SPD hat gegenwärtig keine Kompetenz ein Programm der CDU zu kritisieren. Das vergessen Sie. Was da an Kritik der SPD an uns läuft, das prallt ab. Das mag vielleicht SPD-Leute mobilisieren. Ich denke auch, dass die SPD auf diese Weise über 30 % kommt. Aber uns, der CDU, wird sie in diesem Zusammenhang nicht...

Also: Erstens, klar auf den Wechsel gesetzt. Zweitens muss die CDU, ob sie will oder nicht, viele werden es nicht mehr mögen, gibt übrigens auch viele Umfrageleute die uns abraten, ich würde es trotzdem machen, die Misswirtschaft, die Fehler der SPD nennen, also von der Schuldenkatastrophe über Arbeitslosigkeit usw.

Der dritte Punkt, sie muss in der Schlussphase ein paar Hoffnungselemente für den Aufschwung entwickeln, was ihr, wie ich glaube, gelingt. Die Hoffnung, Herr

Machnig, dass Frau Merkel, die sich ohnehin bei niemandem gern unterhakt, nun mit Westerwelle untergehakt in den Wahlkampf kommt, das können Sie vergessen. Das ist ein Pappkamerad, die können Sie nicht mehr aufbauen. Die Merkel wird alleine laufen.

### **Matthias Machnig**

Eine Schlagzeile für morgen ist heute Abend schon geboren: *Radunski für mehr als 30 Prozent bei der SPD!* Das wäre doch eine Schlagzeile. Damit kommt die SPD auch ein Stückchen voran.

Das Problem ist: Damit, dass die Ausgangssituation so klar ist, kann es auf Seiten der Union keine Abwahlstrategie geben. Das ist ein Problem. Frühere Machtwechsel, sei es nun 69, sei es 82, sei es 98, haben die Parteien, ich gebe das auch zu für den Wahlkampf der SPD 1998, waren klare Abwahlstrategien.

Aber die CDU hat, wenn es politisch, taktisch, strategisch wird, ein Problem. Sie muss zwei Elemente in diesem Wahlkampf miteinander verbinden, die sehr schwierig sind, die sich auch bei dem Programm und der Nichtkonsistenz dieses Programms ausdrückt. Sie muss eine Machterwerbsstrategie mit einer Regierungsstrategie verbinden, und zwar schon im Wahlkampf. Daran wird Frau Merkel gemessen werden, was in der Tat ein Problem ist. Ich sage nicht, dass es heißt, dass die SPD gewinnt, aber ich sage, es ist eine komplizierte Situation und, mit Verlaub, das Programm ist nicht ehrlich. Die zweite Mehrwertsteuererhöhung ist im Programm enthalten und jeder weiß das.

Bislang, und das ist ein Manko in der SPD, gibt es auch kein *Branding* für das Programm der CDU.

Die FTD hatte das klarste *Branding* für das CDU-Programm. Da stand nämlich drüber, das ist ein Programm, das wachstumsfeindlich ist – Financial Times, nicht von mir. Das war der Aufmacher. Ich zitiere nur, was Wirtschaftszeitungen schreiben. Wenn ich mir die Seite 3 in der WELT anschau, wurde auch richtig ausgeteilt und in der FAZ gab es einen Leitkommentar auf der Wirtschaftsseite. Da stand drüber: *Der Mehrwertsteuerfehler*.

Jetzt eine letzte kleine Bemerkung zu Lafontaine: Ich glaube, Lafontaine könnte den Stoiber-Effekt von 2002 einfahren. Was war der Stoiber-Effekt von 2002? Herr Stoiber hat auf jede Frage zur Außenpolitik, zur Familienpolitik, zur Betreuung

immer nur ein Argument gehabt: *Arbeitsmarkt*. Ich glaube, es wird einen Verdross in diesem Wahlkampf geben. Die Neinsagerposition, die Position den Leuten zu erklären, dass man ein Politikmodell für Deutschland empfiehlt, was es nirgendwo auf der Welt gibt, geschweige denn praktiziert wird, wird ermüdend sein. Deswegen glaube ich auch, die Bäume werden nicht in den Himmel wachsen.

## **Moderation**

Die große Koalition kann ja theoretisch auch der Mut der Verzweiflung sein.

## **Matthias Machnig**

Das halte ich für Wahnsinn.

## **Joachim Raschke**

Das ist das größte Problem für eine kleine Partei, wenn sie nicht sagen kann, mit wem sie koalieren will, weil das auch einen wesentlichen Teil ihres Nutzen-Effekts für Wähler ausmacht, außerhalb des Kernwählerbereichs. Diese Situation müsste man ehrlicherweise aushalten bei den Grünen.

Meine Beobachtung zum grünen Parteitag war, dass man das überspielt und so tut, als sei Rot-Grün wiederherstellbar im Bund. Und keiner glaubt es. Es ist auch nicht plausibel, weil der Abstand so groß, die Wechselstimmung vorhanden und damit der Wechsel eigentlich schon vollzogen ist. Dann ist es ein Reden gegen die Tatsachen, um am schwierigen, kritischen Punkt auszuweichen, sagen zu müssen, wozu die Grünen außer für bestimmte Themen, machtpolitisch da sind. Mit wem könnten sie das realisieren? Darauf haben die Grünen heute keine Antwort.

## **Frage - Tagesspiegel**

Wird es eine Alternative dazu geben?

## **Herr Raschke**

Es kann sie nicht geben. Rot-Grün ist Geschichte.

## **Corinna Emundts**

Ich habe auch eine Nachfrage an Prof. Raschke. Ist es so, dass Sie meinen, dass man denkt, die Wahl sei schon entschieden und Rot-Grün ist weg und Merkel ist

Kanzlerin und dass es am Ende doch anders kommen kann? Oder glauben Sie wirklich, dass es schon heute definitiv feststeht, dass es so ist?

**Joachim Raschke**

Ich glaube, dass es so ist, und ich glaube, dass die Menschen davon ausgehen, Rot-Grün ist abgewählt.

**Nachfrage Corinna Emundts** Sie sind sich schon ganz sicher über das Wahlergebnis?

**Joachim Raschke**

An diesen zwei Punkten: ja. Merkel ist Kanzlerin und Rot-Grün ist abgewählt.

**Nachfrage Corinna Emundts**

Dann würde ich gern Herrn Machnig und Herrn Radunski hören, ob sie das auch so sehen.

**Peter Radunski**

Ja, definitiv. Ich hab ja gesagt, dass ich glaube, dass es zum Schluss gewissermaßen einen *Last-Minute-Swing* oder so einen *Bandwagon*-Effekt gibt. Das heißt, es wird ein *run* auf die CDU, weil die sich alle wieder erinnern, *ach ja, wir wollten ja die Regierung wechseln und dann geben wir denen mal die Stimme*. Ich fürchte, so einfach wird es sein, denn größere Fragen werden ja nicht behandelt.

**Nachfrage Corinna Emundts**

Dann ist die eigentliche Frage nur noch: Große Koalition, ja oder nein?

**Peter Radunski**

Für diejenigen, die sie führen wollen, die CDU wird sie natürlich vermeiden, wie der Teufel das Weihwasser. Die CDU hat überhaupt kein Interesse an einer Diskussion über die große Koalition. Das würde ja ein später Ablass an die SPD sein. Sie können doch nicht gleichzeitig sagen, *wir werden bald mit euch gehen, aber was sie jetzt gemacht hat, ist ja wirklich das Allerletzte*. Nein, die CDU muss schon dem Strafgefühl der Bevölkerung gegenüber den Sozialdemokraten Rechnung tragen und gegen die SPD sein.

Deswegen wird es keinerlei sehr milde Töne in Richtung große Koalition geben. Die CDU wird sehr stark auf Schwarz-Gelb beharren müssen.

### **Joachim Raschke**

Es kann keine Partei, auch die SPD kann nicht für die große Koalition mobilisieren.

### **Matthias Machnig**

Nach heutigem Stand ist das so. Nach heutigem Stand ist Merkel Kanzlerin, Rot-Grün abgewählt. Ich will auf einen Punkt hinweisen. Wir hatten mal eine Konstellation, ich will da auf einen Wahlkampf verweisen, der zwar nicht ganz so wie die heutige ist, das gebe ich zu. Bis zum Frühjahr 1994 war Rudolf Scharping

### **Peter Ehrlich – Financial Times Deutschland**

.In diesem Jahr geht die Medienstimmung zu Lasten der amtierenden Regierung. Das muss man ganz klar sehen, dass wir auf der Medienseite und auch auf bestimmten meinungsbildenden Netzwerken ganz klar ein Prä für den Regierungswechsel haben, der zusätzlich zu der Bevölkerung zu sehen ist.

Ich würde aber gern noch mal auf die große Koalition zurückkommen und Herrn Raschke und Herrn Radunski fragen, ob es nicht doch ein unterschwelliges Bedürfnis bei der Bevölkerung an dieser großen Koalition gibt? Es ist ganz klar, dass man dafür keinen Wahlkampf machen kann. Ich habe heute drüber geschrieben, unter dem Eindruck, dass immer mehr Leute in der SPD, auch in den Ministerien usw., auf eine große Koalition hoffen, und zwar die Leute, die vorher sozusagen alles schon verloren gegeben haben, dass man dafür nicht aktiv werben kann, ist eine ganz andere Sache, weil das natürlich hoch gefährlich ist für beide großen Parteien.

### **Joachim Raschke**

Es gibt alle möglichen Interessen, die sich mit einer Großen Koalition verbinden würden: Stellensicherung einzelner Sozialdemokraten, Machtsicherungsinteressen der SPD (besser in irgendeiner Regierung als in keiner), auch: die SPD als sozialen Bremsen gegenüber einer neoliberalen bürgerlichen Formation, Machtinteressen der Linkspartei (stärksten Oppositionspartei gegenüber einer in der Regierung zerrissenen SPD), unpolitische Sehnsüchte nach Harmonie. Aber für die Gesamtentwicklung wäre es eine Katastrophe, weil Politik auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner gemacht würde, Verantwortung und klare Zurechnung noch stärker erodieren, weil die überfällige Neuorientierung der SPD, die in einer

funktionierenden Demokratie als Opposition mit einer realen Chance des Machtwechsels gebraucht wird, weiter vertagt würde.

Es ist ja wirklich so einfach, wie viele Leute sagen: „*Sie hatten ihre Chance. Mit den Ergebnissen sind wir nicht einverstanden. Wir haben keine hohen Erwartungen an die anderen. Aber jetzt kommen die dran.*“ Es ist banal, aber eine hinreichende Grundlage für den Wechsel an der Spitze. Was wir machen, sind alles ziemlich elaborierte Geschichten.

### **Peter Radunski**

Ich will auf Folgendes noch mal hinweisen: Es ist ja für den Wähler sehr, sehr schwer eine Koalition zu wählen, es sei denn, es gibt eine taktische Konstellation, wo Parteien sagen, *wir wollen auf jeden Fall eine Koalition wählen*, also Lager. Da passiert in diesem Wahlkampf ja auch was Einzigartiges: Es gibt nur ein Lager. Nur CDU und FDP sagen, *wir regieren, wenn ihr uns wählt*. Deswegen glaube ich, ehrlich gesagt, als CDU-Mann *fürchte* ich, dass hier einiges Wasser auf die Mühlen der FDP in Form einer Zweitstimme laufen wird, vor allen Dingen auch wieder mal in der Schlussphase. Ich hoffe, dass das dann auch umgekehrt funktioniert und die Erststimme dann den einen oder anderen Überhang für die CDU bringt, aber im Kern ist nur diese Koalition wählbar.

Die andere ist eine Konstellation, die entstehen kann, es sei denn, man geht so achtersinnig vor und sagt, ich muss die WASG-Linkspartei wählen, damit im Grunde genommen Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat. Ich vermute aber, dafür ist die WASG und die Linkspartei nicht geschaffen, dass sie solche taktischen, ja mehr oder weniger fast wie Börsianer spekulierenden Wähler anzieht.

### **Joachim Raschke**

Es ist ein asymmetrischer Lagerwahlkampf.

### **Frage**

Was würde es denn bedeuten für das Parteienspektrum nach einer solchen Wahl, was wäre von einer solchen Regierung zu erwarten? Herr Raschke, Sie haben das nur kurz angedeutet, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist sie ziemlich handlungsunfähig.

## **Joachim Raschke**

Es wird ein paar Bereiche geben, wo man Nutzen ziehen kann aus einer großen Koalition. Vor allem bei der Föderalismus-Reform. Aber die hätte Schröder den Unionsparteien schon als Bedingung für vorgezogene Neuwahlen abhandeln können. Die andere Frage ist, wie weit die Akteure der SPD - das war die Mentalitätsfrage - innerlich bereit sind. Sie kommen ja aus einer Regierung, wo sie darunter gelitten haben, dass sie schon innerhalb der Sozialdemokratie so viele Zugeständnisse machen mussten. Sie wollten weniger Zugeständnisse machen gegenüber den Unionspositionen im Bundesrat. So lief ja das Spiel ja in den sozialpolitischen Fragen, dass man das zum Teil im Bundestag korrigiert hat und wusste, im Bundesrat wird das wieder auf die Regierungslinie korrigiert. Schon das war zuviel, was ihr innerparteilich zugemutet wurde. Unerträglich müsste es für sie eigentlich sein, in diesen Feldern, was ihr durch die CDU direkt in der Regierung zugemutet würde.

In der Gesamtlinie ist es so, dass die SPD auf der Suche nach Profil im Feld der Linkskonkurrenz ist. Das stört auf jeden Fall eine große Koalition. Sie verschärft ihre Spagatposition, weil sie im Parlament dann die Linksoption und in der eigenen Regierung die neoliberale Wirtschaftslinie hat. Das muss sie eigentlich zerreißen. Die Linienführung der Akteure ist vorzugsweise zentrifugal.

## **Peter Radunski**

Vielleicht darf ich doch mal einen Satz ergänzen. Was ich aus dem Gespräch lerne, auch aus den letzten Tagen, was ich so gelesen habe, die CDU muss jetzt eine Argumentationsformel aufbauen, die ausdrücklich gegen die große Koalition gerichtet ist, und zwar gar nicht gegen die Sehnsucht der Wähler, dass große Parteien sich einigen und schwierige Probleme lösen. Das ist ja die Sehnsucht und das hat es ja auch ein paar mal gegeben. Ich selber habe neun Jahre einer solchen großen Koalition in Berlin angehört. Wie immer Sie darüber denken, wenn Sie sich das mal richtig angucken, sie hat auch eine Menge zustande gebracht.

Aber jetzt im Moment ist es ja gar nicht die CDU, die vielleicht nicht in der Lage wäre mit der SPD zu regieren. Die CDU weiß ungefähr, was sie will. Aber die SPD könnte es nicht. Realistisch gesprochen würde das zwar vielleicht für die Mehrheit reichen, aber man würde nur mit der Hälfte der Fraktion der SPD überhaupt eine solche große Koalition eingehen. So wie die Reformprogramme jetzt verlangt werden, wie eine gewisse Schärfe und Profilierung der Maßnahmen verlangt wird, könnte man das niemals mit der SPD machen.

Die CDU muss das also schon erklären, dass es diesmal richtig ist, eben eine schwarz-gelbe Koalition in der Regierung zu haben, zumal sie auch sagen kann, das dürfen Sie auch nicht vergessen, wer sind den die Protagonisten. Können Sie mir welche sagen, mit denen ich jetzt eine große Koalition machen soll?

### **Joachim Raschke**

Das sind die alten Herren eines neuen rechten Flügels, Clement, Eichel, Schily, Struck. Ein Nebenaspekt noch: Wenn die Große Koalition zum großen Thema wird in den nächsten Wochen wird in den nächsten Wochen, dann hat die SPD ein zusätzliches Problem. Dann hat sie keinen Vizekanzler, und Schröder hätte für eine Koalition getrommelt, der er gar nicht angehören kann. Wenn man ihn stark macht, wenn man Fernsehduelle mit ihm führt, und auf die Große Koalition zusteuert, dann passt das zu dem irrealen Wahlkampf von 2005. Schröder ist nicht mehr der erste Mann der SPD, er ist ein abgehender Mann in einem Als-ob-Wahlkampf.

### **Matthias Machnig**

Ich würde noch gern einen Satz sagen zur großen Koalition. Wir hatten 98 genau diese Situation. Der Wählerwunsch war ganz eindeutig. Der Wählerwunsch wollte Gerhard Schröder 1998 zum Bundeskanzler und eine große Koalition. Aber es ist Rot-Grün rausgekommen.

Zweitens war, wenn sie sich mal die Wahlhistorie anschauen, vor Bundestagswahlen immer die größte Präferenz bei fast allen Wahlen die große Koalition.

Drittens wäre die SPD in einer Zwangslage, die für sie parteistrategisch nicht lösbar wäre, wenn es dazu käme. Das ist sozusagen *worst case* für die SPD.

### **Matthias Machnig**

Um es ganz kurz zu machen: Erstens auf Gerhard Schröder setzen, der liegt 10, 15, 20 Punkte vor seiner eigenen Partei; zweitens, er ist in der Führungsfrage deutlich stärker als Angela Merkel. Ich brauche neben der Agenda-Rhetorik eine wirtschaftspolitische Philosophie, die auf Investitionen, Innovationen u.ä. setzt.

Viertens würde ich ganz stark auf das Duo Schröder/Fischer setzen, und zwar unabhängig von den Parteien, weil ich glaube, dieses *pairing* Schröder/Fischer sozusagen das eigentlichen Kraftfeld dieser Konstellation ist, weil beiden eines zugetraut wird, Herr Raschke, das ist die Chance: Beiden wird zugetraut, die nötige

Distanz zu den eigenen Läden zu haben. Sowohl Fischer als auch Schröder wird das zugetraut. Darauf würde ich mich konzentrieren.

Fünftens muss man vor allem über das CDU-Programm reden, weniger über das eigene.

### **Peter Radunski**

Ja, wenn Sie über das CDU-Programm reden, bin ich sehr zufrieden. Dann sind wir da im Fokus, wo wir hinwollen.

Jetzt mal im Ernst gesprochen: Es würde völlig falsch verstanden. Es ist der Analytiker und nicht der Wahlkämpfern in mir, der sagt, zum Schluss wird die CDU eher über 45 als unter 40 haben. Der Wahlkämpfer in mir misstraut dem grundsätzlich. Der sagt, jetzt müssen wir erst mal aufpassen, dass wir die nächste Runde richtig machen. Das Schlimmste wäre ja z.B., dass plötzlich bei uns Formen der Arroganz zu Tage treten, beispielsweise dass es im Wahlkampf neben allem anderen noch gepflegte Kämpfe um Positionen gibt, also dass plötzlich zwei Leute meinen, sie müssten Finanzminister oder Außenminister werden. Schon hätten wir eine miserable Situation und Sie hätten furchtbar viel schönes Schreckliches zu schreiben. Also, die CDU muss klar verhindern, dass jetzt in irgendeiner Weise die Position der Kanzlerkandidatin eingeschränkt hinsichtlich der Personalwahl wird. Das Fell des Bären vorher zu verteilen, wäre ein dicker Fehler. Ich sehe das nicht, ich staune, wie geschlossen unsere Partei zur Bestimmung der Kanzlerkandidatin ist und wie auch das Programm getragen wird alles in allem, so dass ich denke, irgendwie wir werden das auch vermeiden. Aber das wäre z.B. zu vermeiden.

Wichtig wäre auch zu vermeiden, dass die CDU sich auch nur mit dem kleinsten Gedanken daran verschwendet, als eine andere als eine schwarz-gelbe Koalition zu machen. Nächster Punkt ist, dass die CDU sich weiter auf die ganz wenigen Punkte, die gerade mit dem Thema Mehrwertsteuer uns eine Einzigartigkeit im Programm vermitteln, beschränkt.

Wer französische Wahlkampfliteratur kennt, weiß, da gibt es so ein Begriff, (Chevala?)-Kampagne. Das ist ein Pferdchen, das die Kampagne zieht. Das ist die Mehrwertsteuer. Das haben alle anderen nicht. Daran können Sie die Ehrlichkeit fest machen. Daran können Sie fest machen, da wird Geld genutzt, um Reformen und ähnliche Dinge zu machen. Deswegen wird man an dieser Sache ganz massiv arbeiten können. Vergessen sie bitte Ihr Fachwissen dabei. Hier ist mal etwas

Ehrliches gesagt und klugerweise, es ist auch keine direkte, es ist eine indirekte Steuer. Deswegen waren wir Politiker ja immer schon, ich habe selber zwei mal für die Mehrwertsteuererhöhung gestimmt im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss, immer schneller mal dafür, als für die Erhebung direkter Steuern oder Prozentsätze bei der Sozialversicherung o.ä. Dieses Programm muss die CDU durchmachen.

Und der letzte Punkt: Sie darf nicht vornehm werden und plötzlich sagen, *ach um Gottes willen, jetzt immer noch auf die SPD rumschimpfen* oder auf die jetzige Regierung. Nein, das muss sie schon noch mal massiv machen. Wenn die Leute relativ ausgeruht aus ihrem Urlaub kommen Ende August, dürfen wir das Horrorszenario, das die Regierung hier hinterlässt, nicht verheimlichen. Damit müsste der Wahlkampf begonnen werden, dann allerdings sehr schnell in positive Farben übergehen.

### **Nachfrage Moderation**

Ist das auch der Status quo, der so jetzt in der CDU-Zentrale diskutiert wird?

### **Peter Radunski**

Ich denke im Großen und Ganzen ja. Ich bin mir noch nicht sicher, ob man das Gefahrenthema große Koalition schon voll erkannt hat.

Ich kann das für die Geschichte der CDU–FDP-Koalition relativ gut sagen, weil ich das miterlebt habe. Es hat solche Absprachen nicht gegeben. Aber es hat immer vor jeder Wahl die Frage gegeben: Gibt es im steuerlichen Bereich irgendeine Anstrengung, irgendeine Erhöhung? Da war die FDP immer dagegen, das wussten wir ja. Das hat z.B. zu dem historischen Punkt geführt, dass wir als CDU in der Wiedervereinigungswahl 1990, keine Steuererhöhung gefordert haben, weil damals, Sie wissen, Lamsdorff hat das neulich als den Fehler seines Lebens eingestanden, die FDP eindeutig gesagt hat, Steuererhöhungen kommen nicht infrage, nicht mit uns. Damals war ja auch noch so ein bisschen die FDP, was sie heute ja auch nicht mehr ist, der Kandidat, der entschied, wer von den großen Parteien regierte. Das ist ja nun langsam ausgelaufen. Jetzt hat sie eine Chance mit uns zu regieren oder sie lässt es. Deswegen bin ich auch sicher, dass wir es abstimmen.

Nur die Mehrwertsteuererhöhung hat die Raffinesse, dass sie in die Breite geht und Ehrlichkeit und Anstrengung signalisiert und dem Lager der Fanatiker, sage ich mal, der Antisteuerbewegung der FDP sicher ein besseres Ergebnis beschert, also im Grunde genommen eine raffinierte gute Setzung. Es ist Sie darunter genau meinen, zumal ja die SPD dasselbe hat, nur auf umgekehrte Weise, Regierungs- und Machterwerbsstrategie zu verbinden.

Das zweite ist, Ulrich Beck hat ja gerade dieser Tage ein Buch herausgebracht, wo er u.a. sagt, einer der entscheidenden Punkte wird sein, wem man sozusagen die Modernisierung- oder die Globalisierungverlierer anhängen kann, der CDU oder der SPD, oder umgekehrt, wer sozusagen eher einen Chancen-Wahlkampf dazu führen wird.

Drittens hat Schröder 1998 und 2002 stark auf die Aufsteigerschichten gesetzt. Also, dass es Mitte nicht richtig gibt, ist eigentlich klar, aber er hat auf die Aufsteigerschichten gesetzt und (*..new-economy-Wahn.....?*). Mich würde mal interessieren, wie Sie das sehen, ob es das heute auch noch gibt? Oder sind die mäandert oder haben sie noch (*.....?*)

### **Matthias Machnig**

Die Mehrwertsteuer halte ich nicht für ein Gewinnerthema, absolut nicht. Das können Sie noch mehr erläutern, das halte ich für einen Schwachpunkt. Ich fang mal hinten, bei der Mitte an.

Ja, aber das ist eher kein positives Symbol, das ist eher ein Symbol, das hoch schwierig wird, weil alle letztendlich eines wissen: 10 Milliarden an Kaufkraft gehen verloren. Das ist etwa die Bilanz dieser Operation. Und fast alle Ökonomen sagen das, bis auf Herrn Zimmermann, das ist ja auch interessant, vom DEW, der dem Ganzen was Positives abgewinnt.

Jetzt bin ich bei der Mitte. Erstens gibt es die Mitte nicht, sie hat es auch nie gegeben. Zweitens ist die Mitte ein Diskurs um Deutungswort und Vertrauen. Das ist eigentlich die Schlüsselfrage. Die Frage lautet jetzt in der Tat, daran glaube ich, dieser Wahlkampf wird über eine Sicherheitsfrage gewonnen, Sicherheit an folgender Stelle: Wer ist in der Lage, ökonomischen Aufschwung zu organisieren?

Da gibt es auf der CDU-Seite, um das ganz offen zu sagen, eigentlich nur eine Kompetenzvermutung, eine. Die liegt gar nicht im fachlichen Bereich, sondern die

Unterstellung – das ist gegenwärtig ein Problem für die SPD – die können im Zweifel besser mit der Wirtschaft. Und weil sie besser können, ist das ein Prä für sie in dieser schwierigen Situation. Die Mitte hat sich in der Tat verändert und das soll man ganz klar zu sagen.

Ich will mal sagen, wie ich die Mitte sehe. Ich glaube, dass die Mitte sozial aufgeklärt und auch sensibel ist, ohne dass sie gleichmacherisch ist. Sie will Leistung. Fördern und fordern ist schon ein Begriff einer politischen Mitte. Die ist im Übrigen auch ökologisch. Ich bin davon überzeugt, dass dies ökologisch ist, ohne an der Stelle ideologisch zu sein. Die Debatte, müssen wir wegen drei Hamstern eigentlich Investitionen zurückstellen, machen die nicht mit, aber sie sagen, *Nachhaltigkeit wollen wir*. Die ist kulturell auch offen aus meiner Sicht. Die ist auch z.B. für Zuwanderung, vertun Sie sich da nicht, nur für eine gesteuerte Zuwanderung z.B. von Eliten.

Aus meiner Sicht ist sie viertens ökonomisch konservativ, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern sicherheitsorientiert, an der Stelle sicherheitsorientiert. Da schließt sich dann der Kreis. Wer organisiert Wachstum, wer organisiert Aufbruch? Das ist, glaube ich, bislang mit der Union noch nicht verbunden, auch wenn sie in den Kompetenzen vorne liegt.

Dann Ökonomie, Globalisierungschancen, das war Ihr zweiter Fragenkomplex:

Ich glaube, es ist heute sehr schwer, den Leuten, die heute Abstiegsängste haben, und die gibt es ja in weiten Teilen auch in der Mittelklasse, sozusagen in der Mitte der Gesellschaft, diese Platte von den Chancen alleine zu präsentieren. Man muss problembewusst sein, man muss aber auch gleichzeitig klar machen, es gibt gar keine Alternative. Die Vorstellung der Lafontaines, es gäbe so etwas wie einen Ausstieg oder eine Steuerung im kurzfristigen Sinne von Globalisierungstendenzen, das glaubt niemand. Aber man muss problembewusst sein. Die Platte, das nur als Chance zu begreifen, halte ich für falsch, man muss auch klar machen, was man dort tun will.

Nächster Punkt – Regierungsstrategie oder Machterwerbsstrategie?

Meine Analyse der CDU ist die: In Leipzig auf dem Parteitag hatte man die Machterwerbsstrategie bereits abgehakt. Man hat geglaubt, das sei schon alles vorbei, hat dann gemerkt Anfang 2004, das ist komplizierter, weil plötzlich gab es

diesen leichten Aufschwung der SPD. Man hat dann korrigiert, z.B. Kopfpauschale u.ä. zurückgenommen. Ich glaube, dieses Programm, wenn ich Ihnen das so sagen darf, ist genau der Versuch eines Kompromisses zwischen Machterwerbsstrategie und Regierungsstrategie.

Aber es hat einen Effekt, wenn ich mir das richtig anschau: Es enttäuscht alle Seiten. Es enttäuscht die Multiplikatoren. Warum? Weil, es ist immer gesagt worden, *ein Programm neues, Typs, die neue Ehrlichkeit* usw. Aber wenn Sie sich die Kommentarlage angucken, sagen die alle, das ist nicht so.

Es enttäuscht aber auch die Wähler, weil ich glaube, die Mehrwertsteuererhöhung ist letztendlich nicht populär. Das wird sich auch in Umfragen niederschlagen. Also ist der Versuch, beide Elemente miteinander zu verbinden und ich löse Enttäuschungsreaktionen auf beiden Seiten aus.

Letzter Punkt – Absprache: In der Tat hat Rot-Grün Absprachen getroffen, zumindest in den Wahlkämpfen, in der Zwischenzeit leider häufig nicht. Diese Koalitionsrunden waren dann ja häufig keine wirklichen Absprachen, sondern es war immer der Versuch, eine Krisensituation, die sich dann aufgebaut hat, irgendwie zu entschärfen.

Vor einem hatte ich wirklich Respekt. Helmut Kohl hat die Koalitionsrunden wirklich strategisch eingesetzt, wirklich grandios. Im Kanzleramt brannte das Licht, die schwarzen Limousinen fahren vor, es wurde lange getagt, ob die wirklich miteinander geredet haben, weiß ich nicht, und Kohl hat am Ende entschieden. Das hat es in dieser rot-grünen Phase nie gegeben. Aber im Wahlkampf, um die Frage zu beantworten, sowohl 98 als 2002, gab es Absprachen.

Ich will noch mal daran erinnern, 2002 hat es einen gemeinsamen Auftritt gegeben von Schröder und Fischer 14 Tage vor der Wahl. Das hat noch mal einen wirklichen Push in der letzten Phase dieses Wahlkampfes gebracht.

### **Peter Radunski**

... welche Koalition kommt zustande, welche politischen Probleme stehen an? Das ist der erste Punkt. Wir haben ja einen Kursbrecher, den Wähler. Sie sagen einerseits, *o.k., Schröder*. Sie sagen aber andererseits, *Merkel kann es besser in den entscheidenden Fragen, nämlich Wirtschaft, Finanzen usw.*, welche Gründe auch immer. Deswegen wird es wichtig sein, Frau Merkel noch enger mit einer

Reihe von diesen Kompetenzen, die der Union zugesprochen sind, zu verbinden. Genau das wird der Wahlkampf versuchen zu leisten.

**Nachfrage Moderation** Aber der Kollege wollte eine andere Antwort, eine tiefergehende. Sie wissen auch die Antwort. Die Frage ist ja, wie stark sind die Ressentiments gegen Merkel aus dem Establishment in Partei, Fraktion und Umfeld. Können Sie das ausloten?

**Peter Radunski**

Also, Sie werden sie in diesem Wahlkampf nicht feststellen, und das ist die Leistung der Union. Wir werden geschlossen hinter Frau Merkel stehen, wir werden ihr helfen die Kanzlerschaft zu gewinnen und zu begründen. Deswegen können Sie diesen Teil vermuten, aber sie werden keine Anlässe davon haben. Das ist ein wichtiger Teil des Wahlkampfes. Ich sage immer, zum Wahlkampf gehören drei Dinge: erstens Spitzenkandidat, Spitzenkandidatin, zweitens, Geschlossenheit der Partei.

Das muss man nun wirklich sagen: Die Union ist eine große Partei und sie geht in diesen Wahlkampf personell wie sachlich in einer ungewöhnlichen Weise geschlossen. Ich sage Ihnen ganz offen, mich überrascht das selber, aber diese Situation ist, je mehr man drin ist, umso verwunderter ist man immer über Erscheinungen der eigenen Partei

**Nachfrage** Wie stark sind die Ressentiments hinter der Wahlkampf-Fassade?

**Peter Radunski**

Ich glaube, dass es nicht Ressentiments sind, sondern *Fremdeln*, wenn man die Frau noch nicht kennt, sie ja auch noch nicht so lange in der deutschen Politik ist, weil man, politische Korrektness hin und her, alle, 70 % sagen ja, natürlich kann eine Frau Kanzlerin werden, sich auch schwer daran gewöhnt, dass eine Frau Kanzler wird, das muss man auch sagen. Viele Konservative kriegen da schon das Wackeln, wenn sie sich vorstellen, die schreitet dann nachher eine Militärformation ab. Das ist ja schon was ganz Schreckliches, dass das dann eine Frau macht.

Aber unabhängig davon glaube ich, dass die Geschlossenheit und die Anerkennung in der CDU groß ist. Denn das ist ja auch wichtig. Mich interessiert

doch gar nicht, ob die grünen Wähler Frau Merkel mögen, ob die WASG-Wähler Frau Merkel mögen. Die CDU-Wähler müssen sie mögen.